

plan B

GEWERKSCHAFTS**JUGEND** IN BEWEGUNG



junge



JUGEND



JUNGE GRÜPPE

JUNGE



junge



EVG JUGEND

ver.di JUGEND

FORDERUNGEN DER GEWERKSCHAFTSJUGEND ZUR BUNDESTAGSWAHL 2017

PRÄAMBEL

In Zeiten zunehmender Polarisierung in der Gesellschaft kündigt sich für das Jahr 2017 ein spannender Bundestagswahlkampf an. Wir, die Gewerkschaftsjugend, wollen dafür sorgen, dass die Interessen von Auszubildenden, Studierenden und jungen Beschäftigten in den Fokus von Politiker_innen kommen. Denn (Aus)bildung und Arbeit haben eine große Bedeutung im Leben der jungen Generation – die Politik muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Von Politiker_innen erwarten wir, dass sie sich den Lebensrealitäten und Problemen von Auszubildenden und jungen Erwerbstätigen ernsthaft annehmen und ihre Forderungen umsetzen. Schließlich bedeutet z. B. eine niedrige Jugendarbeitslosenquote schließlich nicht, dass mit der Ausbildungssituation in den Betrieben alles in Ordnung ist. Die leichte Erhöhung des BAföG bedeutet noch lange nicht, dass das Geld bei Studierenden zum Leben und Wohnen reicht. Und obwohl viele Sonntagsreden zum Thema Vereinbarkeit geschwungen werden, hat sich die Wochenarbeitszeit sowohl bei Voll- als auch bei Teilzeitbeschäftigten in den letzten Jahren sogar erhöht.

Diese Situation auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt wird flankiert mit fehlenden Investitionen in öffentliche Infrastruktur und das Gemeinwesen: So sind marode (Beruf)schulen, geschlossene Bibliotheken und Schwimmbäder und mangelnder Nahverkehr zum traurigen Alltag geworden und verstärken bei einer gleichzeitig ansteigenden Zahl von Millionären in Deutschland das Gefühl von Ungerechtigkeit und Hilflosigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung.

Und es sind nicht zuletzt diese Gefühle von Ungerechtigkeit und Hilflosigkeit, die den Aufstieg der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) befördern. Zwar wissen wir nicht erst seit der „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass es seit Jahren relativ stabil bleibende rechte Einstellungen in der Mitte unserer Gesellschaft gibt. Wir beobachten jedoch mit Sorge, dass rechtspopulistische Äußerungen immer gesellschaftsfähiger werden. Für uns ist klar, dass wir uns nicht nur aber besonders während

der Wahlkampfzeit im Betrieb, in Dienststellen und auf der Straße gegen Rassismus und für ein solidarisches und respektvolles Miteinander einsetzen! Die AfD nutzt die Abstiegsängste und sozialen Problemlagen, um Hass gegen Muslime, Migrant_innen und Demokrat_innen zu schüren. Tatsächlich würden die Forderungen der AfD, wie die Privatisierung der Arbeitslosenversicherung oder die Abschaffung der gesetzlichen Unfallversicherung, zu einer noch viel dramatischeren sozialen Situation führen. Deswegen ist für uns klar, die AfD ist für die Gewerkschaftsjugend nicht wählbar!

WIR WOLLEN AUSBILDUNG BESSER MACHEN – JETZT!

Wir beobachten seit Jahren eine schwierige Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt: Die Betriebe beklagen sich über unbesetzte Plätze und jammern über den Fachkräftemangel. Gleichzeitig bleibt ein deutlich höherer Anteil junger Menschen, die gerne eine Ausbildung beginnen würden, ohne Ausbildungsplatz zurück. Natürlich gibt es hier große regionale und branchenspezifische Unterschiede. Und trotzdem blieben 2015 ungefähr 280.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz! Die Politik und die Wirtschaft rechnet sich die Jugendarbeitslosigkeit schön, indem sie alle Jugendlichen, die in Warteschleifen hängen, nicht als ausbildungsplatzsuchend mitzählt. Dabei hat das sogenannte Übergangssystem weder System noch schafft es einen Übergang zwischen Schule und Beruf. Da auch Selbstverpflichtungen, wie die Allianz für Aus- und Weiterbildung, nicht den versprochenen Erfolg gebracht haben, fordern wir für alle Ausbildungsinteressierten einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz. Diese Ausbildungsgarantie braucht eine stabile Finanzierung. Die Gewerkschaftsjugend fordert daher als zentrales Element zur Förderung der Ausbildungsbeteiligung der Betriebe und für eine gerechte Finanzierung der Ausbildung die Einführung einer solidarischen Umlagefinanzierung. Diese soll so ausgestaltet sein, dass alle Betriebe zwei Prozent ihrer Bruttolohnsumme in eine gemeinsame Kasse einzahlen. Die Bereitschaft zur Ausbildung wird

unterstützt, wer nicht oder zu wenig ausbildet, unterstützt andere Betriebe bei ihrer Ausbildung. Nur dort, wo das regionale betriebliche Angebot nicht für alle ausbildungsinteressierten Jugendlichen ausreicht, werden von staatlicher Seite außerbetriebliche Ausbildungsplätze angeboten. Wo außerbetriebliche Ausbildung eingesetzt wird, sind eine strenge inhaltliche Ausrichtung an der dualen Berufsausbildung und die Einhaltung einer Reihe von qualitativen Bedingungen erforderlich (siehe DGB-Jugend-Position zur Berufsbildungsgesetz-Novellierung).

Schließlich ist die Qualität der Ausbildung ein zentraler Baustein für das weitere Arbeitsleben von jungen Menschen. Die Politik muss hier die bestehenden Regelungen im Berufsbildungsgesetz (BBiG) verbessern und an die Ausbildungssituation im 21. Jahrhundert anpassen:

- So muss das BBiG für alle Praxisphasen dualer Studiengänge gelten
- eine Ausbildungsgarantie ins BBiG aufzunehmen
- eine Lehr- und Lernmittelfreiheit eingeführt werden
- das Thema Ausbildungsqualität verbindlich in Berufsausbildungsausschüssen (BBAs) verankert werden
- die persönliche Eignung des Ausbildungspersonals konkretisiert werden
- der Ausbildungsplan verpflichtend mit dem Ausbildungsvertrag ausgehändigt werden
- die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Interessenvertretungen ausgebaut werden
- die Qualität der Berufsschulen und die Rahmenbedingungen des Berufsschulunterrichts verbessert werden,
- eine Stärkung der 3- bis 3 ½-jährigen Ausbildungsberufe stattfinden
- eine Ankündigung über die Übernahme oder Nicht-Übernahme drei Monate vor Beendigung der Ausbildung verpflichtend sein.

WIR FINDEN: FLEXIBLE ARBEITSZEITEN SIND KEINE EINBAHNSTRASSE!

In vielen Unternehmen haben u. a. Personalabbau und Umstrukturierungen dazu geführt, dass die gleiche Arbeit von immer weniger Personen in immer kürzer werdender Zeit geschultert werden muss. Der steigende Arbeitsdruck für die verbliebenen Beschäftigten und die entstehende Arbeitsverdichtung führen mittel- und langfristig zu gesundheitlichen Schäden. Für Auszubildende und junge Beschäftigte heute sind diese Arbeitsverdichtung und entgrenzten Arbeitszeiten bereits von Beginn ihrer Ausbildung an Realität, die nicht folgenlos bleibt: Wie der DGB-Jugend-Ausbildungsreport 2016 zeigt, müssen bereits 34,8 Prozent der Auszubildenden regelmäßig Überstunden machen, und die Hälfte der Auszubildenden ist von Arbeitsanforderungen und Arbeitsbelastungen „stark“ bis „sehr stark“ belastet. In Branchen wie dem Hotel- und Gaststättengewerbe, aber auch in Sozial- und Pflegeberufen mit Schichtdienst dient die freie Zeit am Tag häufig ausschließlich der Regeneration. Die hohen Vertragslösungsquoten in den betroffenen Ausbildungsberufen belegen, dass ein solcher Alltag für viele junge Menschen nicht lange durchhaltbar ist.

Dabei ist flexible und selbstbestimmte freie Zeit nicht nur, aber besonders für junge Beschäftigte wichtig. Viele junge Kolleg_innen wollen nach ihrer Ausbildung neben dem Beruf studieren, andere stehen in der Phase der Familiengründung vor der Herausforderung, Erwerbs- und das Familienleben unter einen Hut zu bekommen. Aber auch darüber hinaus benötigen Auszubildende und junge Beschäftigte selbstbestimmte und frei verfügbare Zeit, z. B. für gesellschaftliches, soziales und politisches Engagement in Vereinen oder der Politik.

Leider wurde die Flexibilisierung der Arbeitszeit bisher vor allem auf dem Rücken der Arbeitnehmer_innen ausgetragen. Denn die Unternehmen wollen die Arbeitszeiten ihrer Beschäftigten möglichst eng an die Schwankungen der Märkte anpassen. Ist die Auftragslage gut, arbeiten die Beschäftigten mehr, ohne dass sie dafür Überstundenzu-

schläge bekommen oder der Betrieb zusätzliches Personal einstellen muss. Ist die Auftragslage schlecht, feiern die Arbeitnehmer_innen ihre angesammelten Überstunden ab. So wälzen Betriebe einen Teil des unternehmerischen Risikos auf die Beschäftigten ab. Vertrauensarbeitszeit, Leiharbeit, aber auch mobile Arbeit und „Arbeit auf Abruf“ ermöglichen es den Unternehmen, den Einsatz von Arbeitskraft anzupassen, ohne Überstundenzuschläge zu zahlen.

Wir finden hingegen: Flexibilität ist keine Einbahnstraße!
Wir fordern:

- dass die Arbeitshöchstzeitgrenze von 48 auf 40 Stunden/Woche gesenkt wird.
- Dass flexible, von den Arbeitnehmer_innen bestimmbare Arbeitszeitkonten als ein wichtiges Element neuer Formen der Arbeitszeitgestaltung stärker zum Tragen kommen.
- Insbesondere für Beschäftigte in Schichtarbeit muss im Zuge des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kindertagesstättenplatz auch hinreichende Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden, die Arbeitnehmer_innen ausreichend Möglichkeiten für die Betreuung ihrer Kinder anbieten, um auch einem Beruf im Schichtdienst oder im Rahmen von sog. 24 Stunden-Diensten nachgehen zu können.

WIR WOLLEN BILDUNG FÜR ALLE!

In der Präambel des aktuellen Koalitionsvertrags der noch aktuellen Regierung heißt es: „Bildungs- und Zukunftschancen junger Menschen dürfen nicht mehr von ihrer sozialen Herkunft abhängen.“ Das sehen wir genauso – aber leider hat es die große Koalition in ihrer letzten Amtszeit nicht geschafft, auf diese Aussage politische Taten folgen zu lassen. Auch im Jahr 2016 hat die OECD-Bildungsstudie erneut gezeigt, was schon lange bekannt ist: In Deutschland hängen die Bildungschancen vom Geldbeutel und der sozialen Herkunft der Eltern ab. Wir finden: Bildung und eben auch Hochschulbildung dürfen kein vererbtes Privileg

höherer Schichten bleiben. Um Chancengleichheit beim Hochschulzugang und gesellschaftliche Teilhabe an Bildung zu ermöglichen, braucht es ein starkes BAföG mit einem klaren Rechtsanspruch auf eine bedarfsdeckende Studienfinanzierung.

Das BAföG droht seine Rolle als wichtigste Säule der Studienfinanzierung zu verlieren. Lediglich 15 Prozent aller Studierenden erhalten heute überhaupt noch BAföG. Die 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes hat gezeigt, dass Studierende 2012 monatlich durchschnittlich rund 860 Euro für Miet-, Lebenshaltungs- und Studienkosten ausgeben. Der BAföG-Höchstsatz, den ohnehin nur ein Bruchteil der Studierenden bekommt, beträgt aber nur 735 Euro. 98 Prozent der BAföG-Empfänger_innen stocken die Förderung daher aus anderen Finanzierungsquellen – vor allem durch Nebenjobs oder durch Zuschüsse der Eltern – auf.

- Dabei ist es aus unserer Sicht notwendig, die BAföG-Regularien an unterschiedliche Lebensverläufe anzupassen, die z. B. duales Studieren, Studieren neben dem Beruf oder in der Elternzeit mit einbeziehen. Eine Altersgrenze für (Hochschul-)Bildung ist folglich nicht mehr zeitgemäß und gehört abgeschafft! Wir fordern eine elternunabhängige Bildungsförderung (z. B. BAföG).
- Wir fordern eine regelmäßige, automatische und bedarfsdeckende Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge. Die erste Erhöhung muss mindestens 6,5 Prozent bei Bedarfssätzen und Freibeträgen ausmachen.

Eine BAföG-Förderung muss gewährleisten, dass ein Studium bedarfsdeckend finanziert werden kann. Die Bedarfssätze sind an den tatsächlichen Ausgaben für ein Studium zu orientieren. Dieser Anspruch wird bisher nicht erfüllt: So ist zum Beispiel die aktuelle Mietpauschale im BAföG mit 250 Euro festgesetzt. Schon jetzt sind damit die realen Kosten für studentisches Wohnen nicht gedeckt. In den 54 Städten, deren Daten in die 20. Sozialerhebung eingegangen sind, liegt der studentische Mietdurchschnitt bei

etwa 295 Euro. Lediglich in Chemnitz kann man mit der Mietkostenpauschale im BAföG seine Wohnkosten decken. Insbesondere in Universitätsstädten und großstädtischen Hochschulstandorten ist der Wohnraum ohnehin teuer und knapp. Damit Geringverdiener_innen, Erwerbslose, Studierende und Auszubildende nicht in Konkurrenz um kostengünstigen Wohnraum treten, ist die Politik gefragt: Sie muss Mieter_innen vor Vertreibung und Profitgier schützen und regulierend auf dem Wohnungsmarkt eingreifen. Dazu müssen mehr bezahlbare Mietwohnungen auf den Markt gebracht werden, der vorhandene Wohnraum bezahlbar gehalten bzw. gemacht und Belegungsrechte gesichert werden. Um diese Ziele zu erreichen, fordert die Gewerkschaftsjugend:

- Eine gesetzliche Regelung, die Investoren vorschreibt, einen bestimmten Anteil der neu erstellten Wohnungen mit niedrigen Mieten anzubieten. Dies gilt besonders für öffentliche Wohnungsunternehmen.
- Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau müssen aufgestockt und die Länder dazu verpflichtet werden, diese Mittel ausschließlich zur Investition in den Neubau von Sozialwohnungen zu verwenden.
- Eine Umwandlung von leerstehenden Büroräumen in Wohnraum. In vielen Städten nimmt die Zahl leerstehender Büroräume zu. Wo eine Umwandlung in Wohnraum möglich ist, sollte dieses von der Kommune unterstützt und umgesetzt werden.
- Eine begleitende Erhöhung des Wohngelds sowie die Deckelung von Mietsteigerungen. Beides wirkt gegen die zunehmende Verdrängung von Durchschnittsverdiener_innen und insbesondere von Geringverdiener_innen aus attraktiven Großstädten.
- Darüber hinaus fordert die Gewerkschaftsjugend für die Menschen in beruflicher Erstausbildung den Ausbau von Bildungswohnheimen sowohl im ländlichen wie auch städtischen Raum. Diese Bildungswohnheime sollen

lernformübergreifend sowohl Auszubildenden als auch Studierenden offenstehen.

WIR WOLLEN UMVERTEILUNG!

In den vergangenen Jahren hat in Deutschland eine massive Umverteilung des Reichtums von unten nach oben stattgefunden. Etwa die Hälfte der Bevölkerung hat so gut wie nichts auf der hohen Kante – dagegen besitzen die reichsten zehn Prozent mehr als 60 Prozent des Vermögens. Der Anteil am Volksvermögen, der erarbeitet wird, ist drastisch gesunken.

Von der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden die Superreichen nur kurzfristig tangiert, obwohl sie wesentlich dazu beigetragen haben. Inzwischen geht es für sie wieder steil nach oben: 892.000 Euro-Millionär_innen¹ leben heute in Deutschland – sechs Prozent mehr als zu Hochzeiten der Finanzkrise 2008. Derweil müssen sich immer mehr Menschen mit Niedriglöhnen über Wasser halten.

Diese fatale Entwicklung der wachsenden Ungleichheit hängt aber nicht nur mit der wachsenden Anzahl der Millionär_innen zusammen. Die Digitalisierung macht neben neuen Arten der Produktion auch neue Wege der Wertschöpfung möglich: Besonders Internet- und Technikkonzerne wie Google, Facebook, Apple oder Amazon erwirtschaften mit digitalen Dienstleistungen und Produkten in Deutschland Milliarden an Gewinnen – und zahlen dabei kaum Steuern. Durch gezielte Vermeidungsstrategien und mithilfe europäischer Steueroasen gelingt es großen Konzernen für alle ihre im Ausland erzielten Gewinne (so gut wie) keine Steuern in den Ländern zu zahlen, in denen ihre Kunden Produkte oder Dienstleistungen erworben haben.

Zeitgleich hat der Staat in den letzten Jahren in Kommunen und Ländern Einsparungen vorangetrieben. Mit der Ideologie der „schwarzen Null“ wurden Ausgaben in den

¹ Quelle: Deutsche Bundesbank; Valluga (2016), Online: <http://www.dasinvestment.com/millionaere-in-deutschland-oesterreich-und-der-schweiz-sie-werden-immer-reicher/?page=5>

vergangenen Jahren vor allem bei öffentlichen Einrichtungen, der Infrastruktur aber auch bei den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gekürzt. Das Problem der wachsenden Ungleichheit liegt folglich nicht nur darin, dass Reichtum in Deutschland bei einem kleinen Teil von Menschen liegt und dort wächst. Von fehlenden Steuereinnahmen und den Kürzungen im öffentlichen Sektor ist der Großteil der Menschen betroffen, die auf öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind.

Dabei braucht Deutschland einen handlungsfähigen Staat, der eben diese öffentliche Daseinsvorsorge gewährleistet, in die Infrastruktur investiert und über die Ressourcen verfügt, auch langfristige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen.

Wir fordern die Politik zum Handeln auf:

- Wir fordern, die Vermögens-, und Erbschaftssteuer wiederzubeleben bzw. grundlegend zu reformieren. Das Ziel muss sein, überdurchschnittlich hohes Vermögen zu besteuern, denn Eigentum verpflichtet. Die Vermögenssteuer soll sich auf das Nettovermögen beziehen und ab einem Freibetrag von 500.000 Euro gelten. Insbesondere darf es keine Privilegierung von Betriebsvermögen bei Erbschaft oder Schenkung geben.
- Die Akkumulation von Reichtum hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass Kapitaleinkünfte nur deutlich weniger besteuert werden als Erwerbseinkommen. Wir fordern, dass Kapitaleinkünfte wie Erwerbseinkommen dem persönlichen Einkommenssteuersatz unterworfen

werden. Darüber hinaus fordern wir eine Harmonisierung der europäischen Steuer- und Finanzsysteme sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

- Steuerschlupflöcher für Unternehmen müssen konsequenter gestopft und die Besteuerung den Wertschöpfungsprozessen im digitalen Zeitalter angepasst werden. Superreiche haben ihre Vermögen in diesem Land aufgebaut und dabei von der öffentlichen Infrastruktur, der Rechtssicherheit, dem Bildungssystem und der Leistungsbereitschaft von Millionen Arbeitnehmer_innen profitiert. Die fehlende Bereitschaft vieler Vermögender, als Steuerpflichtige wie Millionen arbeitender Menschen ihre Steuern zu zahlen, ist unanständig und politisch nicht hinnehmbar. Wir fordern daher stärkere Kontrollen, stärkere Sanktionen und die Beschaffung von Informationen über Steuerhinterziehungen ggf. auch durch Whistleblower.

GEWERKSCHAFTS **JUGEND IN BEWEGUNG**

